



POLEN-ANALYSEN

www.laender-analysen.de/polen

DIE LITAUISCHE MINDERHEIT IN POLEN

■ ANALYSE	
Die litauische Minderheit in Polen und die polnische Nationalitätenpolitik Swetlana Tschervonnaja, Thorn	2
■ TABELLEN UND GRAFIKEN	
Statistiken und Umfragen zu den nationalen und ethnischen Minderheiten	9
<hr/>	
■ CHRONIK	
Vom 01. Juli bis zum 01. September 2008	13

Die Herausgeber danken der BSH Bosch und Siemens Hausgeräte GmbH München und dem Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft für ihre Unterstützung.

Analyse

Die litauische Minderheit in Polen und die polnische Nationalitätenpolitik

Swetlana Tschervonnaja, Thorn

Zusammenfassung

Polen war über viele Jahrhunderte ein Vielvölkerstaat. Durch den Zweiten Weltkrieg und seine Folgen (Gebietsverschiebungen, Zwangsumsiedlungen) sowie eine minderheitenfeindliche Politik in der Volksrepublik Polen änderte sich dies massiv. Die vor dem Krieg ausgeprägte gesellschaftliche Aktivität der litauischen Minderheit in unterschiedlichen Organisationen wurde ab den 1950er Jahren auf die staatlich kontrollierte *Sozial-kulturelle Gesellschaft der Litauer* beschränkt. Im Kontext der politischen Wende von 1989/90 erhielten die nationalen Minderheiten in Polen das Recht, ihre Sprache, Kultur und Tradition zu pflegen und zu entwickeln. Die litauische Minderheit, die v.a. im Nordosten Polens lebt, ist heute in unterschiedlich ausgerichteten Gesellschaften organisiert. Sie stellt Kommunalpolitiker und ist mit kulturellen Veranstaltungen und Gedenkstätten in der Öffentlichkeit sichtbar. Es gibt litauische Schulen und muttersprachlichen Unterricht. Trotz interner Auseinandersetzungen zwischen dem gemäßigten und dem radikalen Flügel der litauischen Minderheit und zeitweiliger Spannungen zwischen Polen und Litauern sieht die Autorin die Lage der litauischen Minderheit in Polen deutlich verbessert.

Polen war immer ein Vielvölkerstaat, und zwar nicht nur in der weit zurückliegenden Vergangenheit, zur Zeit der Union mit Litauen, sondern auch im 20. Jahrhundert, insbesondere in der Zwischenkriegszeit, als der wiedergeborene polnische Staat manche Gebiete umfasste – von Wilna, Grodno und Lemberg im Osten bis zu Posen, Thorn und Bromberg im Westen, von den Karpaten im Süden bis zur Ostsee im Norden –, wo Nicht-Polen lebten. Die nationalen Minderheiten (Ukrainer, Belarussen, Litauer, Deutsche, Juden u. a.) machten ein Drittel der Gesamtbevölkerung aus. Diese Situation änderte sich massiv nach dem Zweiten Weltkrieg. Infolge der territorialen Umgestaltung Mittel- und Osteuropas und der Massendeportationen von Vertretern nicht-polnischer Volksgruppen aus Polen wurde Polen zu einem der ethnisch homogensten Staaten in Europa. Um die Wende der 1950er Jahre wohnten hier nur noch 440.000 Menschen nicht-polnischer Nationalität. In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts änderte sich daran kaum etwas. Vielmehr verstärkten die Ereignisse von 1968 und der damals von offizieller Seite gepflegte Antisemitismus, der einen steilen Anstieg der jüdischen Emigration aus Polen nach sich zog, wie auch die neuesten Migrationsprozesse und die im Bewusstsein der jüngeren Generationen wahrnehmbaren Folgen der langjährigen Politik der Assimilation die Tendenz zur ethnischen Homogenität.

Bei der letzten Volkszählung (2002) haben 96,74 % der polnischen Bürger Polnisch als ihre Muttersprache bezeichnet. Nur 1,23 % deklarierten ihre Zugehörigkeit zu einer anderen Volksgruppe; 2,03 % waren nicht imstande, ihre Nationalität zu bestimmen. Eine andere offizielle staatliche Statistik setzt die Anzahl der Nicht-Polen sogar noch niedriger an, weil sie diejenigen, die auf

die Frage »Welcher Nationalität gehören Sie an?« keine Antwort gegeben hatten, als Polen betrachtet. Gemäß den Daten des Polnischen Sejm (*Mniejszości narodowe i etniczne w Polsce*. Informator 2003. Sejm Rzeczypospolitej Polskiej, Warszawa 2003) machen die Nicht-Polen nur 0,7 % der Bevölkerung aus, darunter ist die deutsche Minderheit die größte (0,4 %), dann folgen Belarussen (0,13 %), Ukrainer (0,08 %) und weitere kleinere Gruppen (siehe Tabelle im Anhang).

Jedoch stehen hinter diesen verschwindend geringen Zahlen lebendige Menschen und historisch gewachsene ethnisch-kulturelle Gemeinschaften, ihre Schicksale und ihre Rechte – die Rechte der Vertreter der nationalen Minderheiten, die als Bestandteil der Menschenrechte von der Weltgemeinschaft anerkannt worden sind. Polen hat als ein demokratischer, die internationalen Werte und Grundlagen akzeptierender Staat und als Mitglied der Europäischen Union die Interessen der Minderheiten anerkannt und übernimmt bestimmte Verpflichtungen, um Gesetze und ein günstiges Klima zu schaffen, die die staatsbürgerliche Gleichberechtigung und den Schutz der Minderheiten gewährleisten sollen.

Welche Erfolge auf diesem Weg schon erreicht worden sind und welche Probleme noch bestehen, lässt sich am Beispiel der litauischen Minderheit in Polen veranschaulichen.

Die Zahl der Litauer in Polen

Nach der Volkszählung von 1897 lebten 304.602 Litauer im Gouvernement Suwalki, nach den Daten der polnischen Volkszählung von 1921 im Kreis Suwałki, der damals zur Woiwodschaft Białystok gehörte, dagegen nur 5.671. Warum sich innerhalb von 23 Jahren die

Zahl der Litauer von 300.000 auf 5.000 reduzierte, d.h. wohin die litauische Bevölkerung dieser Region verschwand, lässt sich mit der brutalen und willkürlichen Grenzverschiebung der osteuropäischen Staaten nach dem Ersten Weltkrieg erklären. Vom früheren Gouvernement Suwalki blieb nur ein kleines Gebiet in Polen, das von den Territorien abgeschnitten wurde, mit denen es vor 1919 ein ethnisches und kulturelles Ganzes bildete. Aber auch dieses kleine Gebiet war dichter mit Litauern besiedelt, als die fast anekdotische Zahl von 5.671 der Volkszählung von 1921 bescheinigt. Man muss sich die politische Atmosphäre der Zeit vorstellen, als es lebensgefährlich und hinderlich für die Karriere war, Litauer in Polen zu sein, um zu verstehen, warum viele Litauer bei der Volkszählung nicht ihre litauische Identität deklarierten. Nicht nur einmal innerhalb eines Jahrhunderts sollten sie ihre echte ethnische Herkunft geheim halten und sich für Polen ausgeben, um Zwangsumsiedlungen und andere Repressalien zu vermeiden.

Nach dem Zweiten Weltkrieg setzte die Führung der Volksrepublik Polen die Bildung eines homogenen ethnischen »Nationalstaates«, eines Polen ohne Minderheiten um, was seinerseits Ursache vieler Verfälschungen in den Volkszählungen war.

Die Schätzungen von Experten unterscheiden sich stark voneinander sowie auch von den Ergebnissen der Volkszählungen. Krzysztof Tarka schreibt, dass 7.100 Litauer auf dem kleinen Gebiet der Woiwodschaft Podlachien konzentriert sind, und zwar in den Gemeinden Puńsk (litauisch Punkskas, hier machen sie 80 % der Bevölkerung aus), Sejny (Seinai, 30 % aller Einwohner) und Szypliszki (Šipliškės, 10 %) (Krzysztof Tarka, *Litwini w Polsce 1944 – 1997*. Opolo 1998, S. 194).

Nach den Daten der Litauischen Botschaft in Polen gibt es »ca. 15.000 Personen litauischer Herkunft«. Nach den Schätzungen der polnischen Regierung leben 20.000–25.000 Litauer in Polen. Diese Daten stehen aber in eklatantem Kontrast zu den Ergebnissen der letzten Volkszählung (2002). Dort waren es nur 5.800 Litauer, die ihre litauische Identität angaben (*Raport z wyników Spisu Powszechnego Ludności i Mieszkań 2002*. Główny Urząd Statystyczny, Warszawa 2003). Diese Zahl ist mindestens fünf Mal kleiner als die tatsächliche Zahl der Litauer in Polen.

Abriss der Geschichte der litauischen Minderheit in Polen

Das wichtigste Moment in der Geschichte der litauischen Minderheit in Polen ist, dass die Litauer die Ureinwohner, die autochthone Bevölkerung des Sejny-Puńsk-Gebiets sind. Dieses war Teil des Territoriums, wo der

Prozess der Ethnogenese des litauischen Volkes stattfand. Nach der Entstehung des ersten litauischen Staates, des Großen Litauischen Fürstentums, wurde das Sejny-Puńsk-Gebiet zu seinem westlichen Bestandteil.

Puńsk erhielt 1606 die Stadtrechte. Im 17. Jahrhundert wuchs die Bedeutung der Stadt Sejny an, deren kulturelles und geistiges Leben sich um das Dominikanerkloster konzentrierte. Die Dominikanerermönche, die 1602 aus Wilna gekommen waren, begannen, das Kloster und die neue Basilika zu bauen, die ein wunderschönes Denkmal des osteuropäischen Barock wurde. Die wichtigste Rolle für die Entwicklung der litauischen Kultur und für das reiche und aktive geistige Leben in der Stadt hat das Priesterseminar in Sejny gespielt. Hier sind Namen wie Vincas Kudirka, Antanas Baranauskas, Vincas Mikolaitis-Putynas, Justinas Staugaitis zu nennen.

Das weitere Schicksal des Sejny-Puńsk-Gebiets wurde Ende des Ersten Weltkriegs besiegelt. Die Führer des neuen polnischen Staates verzichteten angesichts der starken Bestrebungen des litauischen Volkes nach einer eigenen Staatlichkeit auf ihre früheren Hoffnungen auf eine neue Polnisch-Litauische Union. Zugleich gewann die Frage der Grenze zwischen den neuen Staaten unerwartet an Schärfe.

Den Plänen der Entente zufolge, die im Juli 1919 erarbeitet worden waren, sollte das Gebiet um Suwałki, die Kreise Augustów, Suwałki und Sejny, Polen übergeben werden. Die Grenzlinie, die nach dem Namen des Autors dieses Entwurfs, des Oberbefehlshabers der Streitkräfte der Entente, Marschall Ferdinand Foch, die Bezeichnung »Foch-Linie« erhielt, entsprach zwar den Ansprüchen der polnischen Seite, verletzte dabei aber die Interessen Litauens und der in diesem Gebiet ansässigen Litauer.

Die Pläne der Vereinigung Litauens mit dem Sejny-Puńsk-Gebiet, die in litauischen Kreisen sehr populär waren, verursachen bis heute große Empörung bei den Polen. So schreibt der bekannte polnische Historiker Piotr Łossowski in seinem Buch *Polen – Litauen. Die letzten 100 Jahre (Polska – Litwa. Ostatnie sto lat*. Warszawa 1991): »Unter den Fittichen der Deutschen haben die Litauer im südlichen Gebiet um Suwałki ihr Nest gebaut und versuchten, hier ihre Macht zu etablieren. Als sich der Termin des Abzugs der Deutschen näherte, verließen auch die Litauer Suwałki, aber sie blieben nicht weit vom Fluss Czarna Hańcza. Offensichtlich wollten sie den Landstrich des Gebiets um Sejny nicht räumen, der sich auf der westlichen Seite der Foch-Linie befand. In dieser Situation beschloss das Oberkommando der Suwałki-Einheit der Polnischen Militärorganisation (Polska Organizacja Wojskowa – POW),

die über Tausende bewaffneter und konspirativ tätiger Menschen verfügte, einen Aufstand zu organisieren, um die Litauer zu verdrängen.« (Piotr Łossowski, *Polska – Litwa*, S. 18).

So sieht die in der polnischen Geschichtsschreibung verbreitete Version des Aufstands in Sejny aus, den man für eine historisch gerechtfertigte Heldentat hält. Ins litauische kollektive Gedächtnis haben sich diese Ereignisse jedoch ganz anders eingepreßt, als die offizielle polnische Historiographie sie darstellt, und – wie einer der ältesten Aktivisten der litauischen Nationalbewegung, Józef Forenciewicz / litauisch Juozas Paransevičius, in einem Interview sagt – »dieses Kohlestückchen glimmt immer noch« (von der Autorin geführtes Interview, Puńsk, 7. Februar 2007).

Die Lage der litauischen Minderheit in Polen in der Zwischenkriegszeit war sehr schwierig. Jede neue Krise und jede Verschärfung in den polnisch-litauischen Beziehungen auf der zwischenstaatlichen Ebene war mit Verfolgungen und Diskriminierung der nationalen Minderheiten in den beiden Staaten verbunden.

Im September 1939 marschierte die Rote Armee ins Sejny-Puńsk-Gebiet ein, aber nach dem Vertrag zwischen dem nationalsozialistischen Deutschland und der Sowjetunion vom 28. September 1939 wurde es als Deutschland zugehöriges Territorium anerkannt. Schon am 12. Oktober 1939 hat das sowjetische Kommando es den deutschen Okkupanten übergeben. Die deutsche Führung erklärte, dass dieses Gebiet »ursprünglich deutsch« sei und »ewig deutsch« bleiben werde. Das Gebiet wurde unmittelbar ins Reich als Teil Ostpreußens integriert (im Unterschied zum Restteil des besetzten Polen, wo das Generalgouvernement gebildet wurde).

Unter der deutschen Besatzung wurde die litauische Bevölkerung stark unterdrückt. Im Januar 1941 wurden mehr als 12.000 Litauer aus dem Sejny-Puńsk-Gebiet ins sowjetische Litauen deportiert. Das Elend und die Not, die sie in der Kriegszeit erlebten, waren ungeheuer.

Im Sommer 1944 verließen die deutschen Besatzer das Gebiet um Suwałki. Erst dann gelang es einem Teil der litauischen »Umsiedler«, illegal aus Litauen heimzukehren. Hier aber bestand für sie die Gefahr neuer Deportationen, die die Regierung der Volksrepublik Polen im Rahmen der Politik des sogenannten Minderheitenaustauschs durchführte: Ein Teil der Polen aus Gebieten, die sich die Sowjetunion Anfang des Zweiten Weltkriegs einverleibt hatte, bekam die Möglichkeit, nach Polen überzusiedeln. Gleichzeitig bemühte sich die polnische Regierung, die ukrainische, belarussische und litauische Bevölkerung aus Polen in die Sowjetunion überzusiedeln. Dies geschah auf der Grund-

lage des Vertrags über den »Minderheitenaustausch«, den das Polnische Komitee der Nationalen Befreiung (Polski Komitet Wyzwolenia Narodowego – PKWN) am 22. September 1944 mit der Sowjetunion abgeschlossen hatte. Formell sah dieser Vertrag eine »freiwillige Repatriierung« vor. Jedoch waren die kommunistischen Machthaber weder in der Sowjetunion noch in Polen imstande, diese Aktionen so durchzuführen, dass sie für die Betroffenen freiwillig waren. Im Gegenteil, sie bereiteten die totale Massenübersiedlung in kürzester Zeit vor. Es war vorgesehen, die ganze litauische Bevölkerung zum 1. April 1945 in die Litauische SSR abzutransportieren (»zu evakuieren«). Allerdings hat der hartnäckige Widerstand der Litauer den Plan ihrer pauschalen Übersiedlung aus Polen durchkreuzt.

Die polnische Administration übte in der Nachkriegszeit Repressionen gegenüber den Litauern in Polen aus. Die litauischen Bauern dieses Gebiets hielten sich mehrheitlich von der Politik fern und waren im öffentlichen Leben passiv. Trotzdem wurden sie oft verhaftet, verprügelt und wurden ihre Häuser durchsucht. Die polnischen Organe der Staatssicherheit (Urząd Bezpieczeństwa – UB), Milizstreifen und Grenztruppen (Wojska Ochrony Pogranicza – WOP) standen sich bei der Verfolgung der Litauer in nichts nach. Einige Jahre lang war es den Litauern, die im Grenzgebiet wohnten, verboten, nach Sonnenuntergang ihre Häuser zu verlassen.

Immer wieder sahen sich die Litauer mit der drohenden Gefahr ihrer Übersiedlung in die polnischen Westgebiete konfrontiert. Bis November 1950 wurden mindestens 200 litauische Familien gewaltsam in das Stettiner und Kösliner Gebiet umgesiedelt. Die Litauer des Sejny-Puńsk-Gebiets erinnern sich bis heute mit Schrecken an die »Staffeln«, d.h. Wagen mit Menschen, die nach Westen fuhren, und sagen, dies wäre eine zweite »Aktion Weichsel« (Zwangsumsiedlung ethnischer Ukrainer nach dem Zweiten Weltkrieg von April – Juli 1947 aus den östlichen Gebieten Polens in den Nordwesten des Landes, um Separatismus vorzubeugen, Anm. d. Red.), nur in kleinerem Maßstab gewesen.

Erst in den 1950er Jahren begann langsam, mit Mühe, aber irreversibel, die allmähliche Wiedergeburt des öffentlichen Lebens, der gesellschaftlichen und kulturellen Aktivität der litauischen Minderheit in Polen.

Veränderungen durch die politische Wende: Die 1980er bis 1990er Jahre

Die Erklärung der Unabhängigkeit Litauens im Jahr 1990 stärkte seine Autorität in der Welt. Auch in Polen begann sich das Verhalten gegenüber den »eigenen« Litauern zu ändern. Die »Solidarność« maß in ihrem

Programm den Rechten der nationalen Minderheiten eine große Bedeutung zu. Im Dezember 1988 entstand beim Solidarność-Vorsitzenden Lech Wałęsa das Bürgerkomitee (Komitet Obywatelski), das eine Kommission für die Zusammenarbeit mit den nationalen Minderheiten mit Marek Edelman an der Spitze gebildet hatte. Dieser Kommission gehörten auch Vertreter der Ukrainer, Belarussen und Litauer an; die Interessen der Litauer vertrat der bekannte Historiker aus Warschau Bronisław Makowski / Bronius Makauskas.

Am 2. August 1989 bildete der Sejm die parlamentarische Kommission für die nationalen und ethnischen Minderheiten, deren erster Vorsitzender Jacek Kuroń war. Diese Kommission behandelte auf ihren Sitzungen mehrmals Fragen, die die Lage der Litauer betrafen; einige Sitzungen fanden in Puńsk und Sejny statt.

Die demokratischen Wahlen zu den Organen der lokalen Selbstverwaltung (in den Jahren 1990, 1994, 1998 usw.) führten dazu, dass in Orten, wo mehrheitlich Litauer wohnen, auch ihre Vertreter gewählt wurden. Schon in den Kommunalwahlen vom 27. Mai 1990 (es waren die ersten, tatsächlich demokratischen Wahlen in Polen nach dem Zerfall des kommunistischen Regimes) erhielten die Litauer in der Gemeinde Puńsk 16 von 18 Mandaten. Vorsitzender (*wójt*) der Verwaltung wurde der Litauer Romualdas Vitkauskas. Bei den Wahlen 2006 wurden drei Vertreter der litauischen Minderheit in den Rat der Gemeinde Sejny und 14 in den Rat der Gemeinde Puńsk gewählt.

Die Grundrechte der nationalen Minderheiten in Polen wurden in der neuen Verfassung festgelegt, die am 2. April 1997 verabschiedet wurde. Artikel 35, Absatz 1 der Verfassung lautet: »Die Polnische Republik garantiert den polnischen Bürgern, die einer nationalen und ethnischen Minderheit angehören, die Freiheit, ihre eigene Sprache, ihre Bräuche und Traditionen sowie ihre eigene Kultur zu pflegen und zu entwickeln.«

Am 27. April 2000 ratifizierte Polen die »Rahmenkonvention zum Schutz nationaler Minderheiten«, die am 1. November 1995 in Straßburg verabschiedet wurde.

Am 6. Januar 2005 hat der polnische Senat das »Gesetz über die nationalen und ethnischen Minderheiten und über die regionale Sprache« verabschiedet. Artikel 2 dieses Gesetzes legt die Kriterien fest, nach denen eine Volksgruppe als nationale Minderheit anerkannt wird. Es nennt neun Volksgruppen, die diesen Forderungen entsprechen, und zwar Armenier, Belarussen, Deutsche, Juden, Litauer, Russen, Slowaken, Tschechen und Ukrainer.

Nach Artikel 4 Absatz 1 »hat jeder Angehörige einer nationalen bzw. ethnischen Minderheit das Recht, selbst

und frei zu bestimmen, ob man ihn als Vertreter dieser Minderheit behandelt oder nicht«, und diese Wahl darf keine für ihn negativen Folgen nach sich ziehen.

Das Gesetz schreibt die Verpflichtung zur Bewilligung von Mitteln aus dem Staatsbudget für die Unterstützung der Tätigkeit, die die Bewahrung und Entwicklung der kulturellen Identität der Minderheit zum Ziel hat, vor (Artikel 18). Als Beispiele für die öffentliche Kulturarbeit der litauischen Minderheit, die vom Staat mitfinanziert werden, wären zu nennen: das jährliche Festival der Laien-Landtheater (Teatrów Stodolanych) im Juli in Puńsk, das Kindertheaterfestival in Sejny, der Volkskunstjahrmarkt, der traditionell am 15. August eröffnet wird, sowie die Herausgabe der litauischen Zeitschrift »Aušra« (»Morgenröte«) und der Kinderzeitschrift »Aušrele« (»Morgenrötchen«).

Unsere soziologischen Befragungen im Puńsk-Sejny-Gebiet im Jahr 2007 wie auch frühere Forschungen polnischer Wissenschaftler bestätigen die relativ gute Situation der litauischen Minderheit im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts. Die absolute Mehrheit der Befragten (sowohl der Polen als auch der Litauer) schätzte die Atmosphäre des Zusammenlebens in einem Gebiet mit Vertretern der polnischen und der litauischen Nationalität als positiv ein. Nur 9 % der Polen und 6,1 % der Litauer stellten fest, dass potentiell Konflikte zwischen ihnen möglich sind. Aus den Antworten folgte, dass die Mehrheit der befragten Litauer keine Bedrohung fühlt und mit ihrem rechtlichen Status zufrieden ist. Es sollte aber auch nicht der kleine Teil der Befragten ignoriert werden, der seine Unzufriedenheit und Unruhe und ein Gefühl der Diskriminierung äußerte. Dies ist umso wichtiger, als der Prozentsatz der »Unzufriedenen« unter Polen und Litauern nicht gleich ist: 93 % der Polen und nur 88 % der Litauer meinen, dass keine Bedrohung der Diskriminierung für sie existiert; 1,6 % der Polen und fast dreimal mehr, nämlich 4,4 % der Litauer erklären, dass sie sich hier schutzlos fühlen.

Litauische Organisationen in Polen

Bis zum Zweiten Weltkrieg hatte die litauische Minderheit in Polen eigene gesellschaftliche Organisationen, die sich schöpferischen, intellektuellen, philanthropischen, erzieherischen und juristischen Aufgaben widmeten. Mit dem Beginn des Zweiten Weltkriegs wurden die litauischen Organisationen in Polen aufgelöst, und diese Periode der vollständigen Rechtlosigkeit dauerte 18 Jahre. Erst nach Stalins Tod wurde zumindest teilweise das Verhalten zu den nationalen Minderheiten revidiert, und es wurde den nationalen Minderheiten erlaubt, eigene gesellschaftliche Organisationen auf-

zubauen, die unter der Kontrolle der regierenden Partei in gewissem – stark begrenztem – Umfang die Interessen der Minderheit vertreten durften.

Zum wichtigsten Ereignis in der Geschichte der litauischen Minderheit in dieser Zeit wurde die Gründung der *Sozial-kulturellen Gesellschaft der Litauer (LVKD – Lietuvių Visuomeninė Kultūros Draugija)*. Sie entstand 1956 und blieb bis Ende der 1980er Jahre die einzige gesellschaftliche Organisation der Litauer in der Volksrepublik, wo sie unter den erschwerten Bedingungen des totalitären Regimes tätig war.

Auf dem 12. Kongress der *LVKD* im März 1992 wurde der Name der Organisation in *Vereinigung der Litauer in Polen (LLD – Lenkijos Lietuvių Draugija)* geändert.

Dem neuen Statut der *LLD* nach gehören zu ihren Hauptzielen: »1) Die Förderung der Entwicklung der litauischen Kultur; 2) die Initiierung und Unterstützung der litauischen Bildungs- und kulturellen Tätigkeit; 3) die Entwicklung der litauischen Sprache und Volkskunst; 4) die Pflege der Denkmäler der litauischen Kultur in Polen«. Mitglied der *LLD* darf jeder volljährige Bürger Polens werden. 2007 hatte die *LLD* ca. 1.200 Mitglieder. Ihr Sitz befindet sich in der Stadt Sejny.

Am 7. April 1989 wurde in Polen das »Gesetz über die gesellschaftlichen Organisationen« verabschiedet. Es löste das frühere Monopolssystem ab, nach dem nur eine Organisation in Polen das Recht hatte, die Interessen einer nationalen Minderheit zu vertreten. Jetzt eröffnete sich die Möglichkeit, verschiedene kulturelle, religiöse und andere Vereine zu etablieren, die dem breiten Interessenspektrum einer Minderheit entsprechen. Die Litauer nutzten diese Möglichkeit und gründeten eine Reihe von Vereinen.

Im Januar 1990 wurde das Organisationskomitee der *Litauischen Gesellschaft des Heiligen Kasimir (Lenkijos Lietuvių Šv. Kazimerio draugija)* gegründet, dessen Ziel »die geistliche Bildung der litauischen nationalen Minderheit in Polen auf der Grundlage der nationalen Solidarität und des römisch-katholischen Glaubens« ist. Einige der neuen litauischen Organisationen – derzeit gibt es sieben in Polen – bemühten sich, ihre Zielgruppe bzw. ihr Tätigkeitsfeld zu definieren. Zu nennen wären der *Verband der litauischen Jugend in Polen (Lenkijos lietuvių jaunimo sąjunga)*, die *Vereinigung der litauischen Lehrer in Polen (Lenkijos lietuvių mokytojų draugija)* und die *Gesellschaft für ethnische litauische Kultur in Polen (Lenkijos lietuvių etninės kultūros draugija)*.

Aus dieser, schon Anfang der 1990er Jahre sichtbaren Vielfalt an Vereinen ergab sich die Notwendigkeit, die Organisationen unter einem gemeinsamen Dach zusammenzufassen. So wurde im April 1993 eine Dachorgani-

sation etabliert, die *Gesellschaft der Litauer in Polen (Lenkijos Lietuvių Bendruomenė – LLB)*. Die *LLB* formierte sich als ein Bestandteil der *Litauischen Weltgemeinschaft (Pasaulio Lietuvių Bendruomenė – PLB, Lithuanian World Community)*. Grundlage des Status und des Programms der *LLB* wurde »Die Charta der Litauer«, die am 14. Juni 1949 verabschiedet worden war.

Als Dachverband ist die *LLB* die repräsentativste, das meiste Ansehen genießende Organisation der Litauer in Polen. Sie vereinigt alle litauischen Organisationen und vertritt die litauische Minderheit gegenüber der polnischen Regierung und im Ausland. Der Sitz der *LLB* befindet sich in Puńsk.

Es liegt in der Natur der Sache, dass es trotz gemeinsamer Ziele Divergenzen zwischen den litauischen Organisationen in Polen über die Taktik und die Prioritäten ihrer Aufgaben gibt. Man darf hier von dem radikalen (in der negativen Interpretation dem »extremistischen«) und dem gemäßigten (negativ interpretiert dem »konformistischen«) Flügel in der organisierten litauischen Minderheit reden. Die *LLD* ist schon ihrer Genese nach (hervorgegangen aus der *LVKD* in der Volksrepublik Polen) konformistischer auf die Zusammenarbeit mit dem Staat und den Behörden ausgerichtet. Sie duldet bzw. hält viele Vorgänge für normal oder bemerkt sie nicht, die die unter ganz anderen Bedingungen Anfang der 1990er Jahre entstandene *LLB* nicht hinnehmen will. Die führenden Köpfe der *LLB* haben kritischere und skeptischere Ansichten gegenüber der polnischen Nationalitätenpolitik, welche ihrer Meinung nach den nationalen Interessen der Minderheiten nicht ausreichend entspricht. Sie haben auch gewichtige Ansprüche gegenüber dem litauischen Staat, der aus ihrer Sicht den Litauern in Polen zu wenig hilft. Sie sind zugänglicher für Äußerungen des polnischen Nationalismus und reagieren härter auf Verletzungen der Würde der litauischen Minderheit. Die Entscheidungsträger der *LLD*, die »unter den warmen Fittichen« des litauischen Konsulats in Sejny tätig sind, halten eine solche Position für destruktiv und bemühen sich, Konflikte mit der polnischen Bevölkerung und der polnischen Administration zu vermeiden.

Litauische Schulen und die litauische Bildung in Polen

Die Einrichtung litauischer Schulen und der Unterricht in der Muttersprache stellen für die Litauer in Polen eine prioritäre Aufgabe dar.

Nach der langen Pause entstanden in Polen in den 1950er Jahren die ersten Schulen der nationalen Minderheiten. Im Herbst 1952 wurden vier litauische Grund-

schulen (in Puńsk, Nowinniki / Navininkai, Widugieri / Vidugiriai und Wojtokiemie / Vaitakiemis) gegründet.

Das Lyzeum in Puńsk begann sein erstes Schuljahr im September 1956, zunächst in einem alten Holzhaus ohne elektrisches Licht, das mit dem »Litauischen Kulturhaus« und der Gemeindeverwaltung geteilt werden musste. 1959 erhielt das litauische Lyzeum ein neues Gebäude, das von der litauischen Bevölkerung gebaut worden war. 1977 bekam es zusammen mit der litauischen Grundschule und Landwirtschaftsschule ein neues, gut ausgestattetes Gebäude. Außerdem wurden ein Internat, eine Turnhalle und ein Lehrerwohnhaus gebaut. Im Schuljahr 2005 / 2006 lernten dort 209 Kinder.

Die polnische Schulreform von 1999 gestaltete sich für das litauische Schulwesen problematisch. Es ging um die Zusammenlegung kleiner Schulen, was an sich günstig für den Lehrbetrieb sein sollte, insofern dabei Möglichkeiten entstanden, die technische Versorgung der größeren Schulen zu verbessern sowie dort die besten pädagogischen Kräfte zu konzentrieren. Im Puńsk-Sejny-Gebiet wurden jedoch gerade die litauischen kleinen Dorfschulen aufgelöst, und die Umstellung der Kinder auf die größeren, wenn auch besser ausgestatteten Schulen bedeutete gleichzeitig die Umstellung von der litauischen auf die polnische Schule. Dies drohte alle früheren Bemühungen, das litauische Schulwesen in Polen zu entwickeln, zunichte zu machen. Zurzeit sind nur in drei litauischen Dörfern litauische Grundschulen verblieben, in Nowinniki, Przystawanie (Pris-tavonys) und Widugieri.

Einen Ausweg aus dieser kritischen Situation suchte man im beschleunigten Bau einer Privatschule in der Stadt Sejny – der Schule »Žyburis«, die das Papst Johannes-Paul-II-Gymnasium und die Grundschule umfasst. Im Jahr 2005 wurde mit dem Bau begonnen, der mit Geldern aus Litauen finanziert wurde. Das Schulgebäude kann als architektonisches Muster für moderne Bildungseinrichtungen gelten. Die zeitgemäße technische Ausstattung haben teilweise litauische, teilweise polnische Sponsoren ermöglicht.

Das ganze Erziehungssystem ist darauf ausgerichtet, die litauische und die polnische Kultur nicht einander entgegenzusetzen, sondern die Kinder im Geiste der Versöhnung zu erziehen. Das Gymnasium in Sejny ist ein großer Erfolg in der Entwicklung des litauischen Bildungswesens in Polen. Das bedeutet aber nicht, dass mit der Eröffnung dieser Schule alle Probleme der Bildung litauischer Kinder gelöst wären. Das Gymnasium ist eine ziemlich begrenzte, »Elitenbildungseinrichtung«,

die längst nicht allen zugänglich ist. Die zwei Autobusse, die zwischen der Stadt und den umliegenden Dörfern verkehren, befördern nur eine kleine Gruppe von Schülern – den kleineren Teil der litauischen Dorfkinder, die vor der Schulreform 1999 die Möglichkeit hatten, litauische Grundschulen vor Ort zu besuchen.

Denkmäler der litauischen Kultur in Polen und der »Krieg« der Denkmäler

Von Anfang an versuchten die in Polen etablierten litauischen Organisationen, die Erinnerung an Persönlichkeiten aus Politik, Bildung und Kultur wachzuhalten, die in einer Region wirkten, die im 20. Jahrhundert zu Polen gehörte, aber auf eine lange historische und kulturelle litauische Tradition zurückblicken konnte.

Das von Litauern behutsam gepflegte Grab des Dichters und Bischofs Antanas Baranuskas in Sejny hatte lange Zeit kein Denkmal. Die Idee, hier ein Denkmal zu errichten, entstand in der litauischen Gesellschaft im Jahre 1991. Die stehende Figur von Baranuskas wurde in Wilna (lit. Vilnius) von dem Bildhauer Gediminas Jokubonis geschaffen. Der Versuch, sie in Sejny als Denkmal aufzustellen, traf allerdings auf starken Widerstand seitens der polnischen Öffentlichkeit. Dies führte zu folgendem Ausspruch des litauischen Generalkonsuls Šarūnas Adomovičius auf der Sitzung der Kommission für die nationalen Minderheiten in Warschau im März 1997: »In Litauen sind Stimmen zu hören, dass das Standbild zurück nach Litauen transportiert werden sollte; man müsse diese Statue an die polnische Grenze stellen, an ihrer Brust eine Tafel mit der Aufschrift »Ich warte auf das polnische Visum« (Bartosz Jankowski: *W dziesięciolecie traktatu polsko-litewskiego. Relacje międzypaństwowe w ostatniej dekadzie XX w.* Suchy Las, 2004, S. 130).

Erst nach sieben Jahren Auseinandersetzung haben die Litauer die Erlaubnis bekommen, das Denkmal vor der Basilika zu errichten. Am 28. November 1999 fand die feierliche Enthüllung statt.

Neben den Erfolgen in Sachen Errichtung von Denkmälern kommt es im Sejny-Puńsk-Gebiet manchmal zu Situationen, die wir als »Krieg der Denkmäler« bezeichnen dürfen. Im Jahre 2005 wurde im Dorf Berzniki (Berznykas) eine Gedenkstätte errichtet, wo die Grabsteine der im polnisch-sowjetischen Krieg 1919–1920 gefallenen polnischen und litauischen Soldaten und der Kriegsfreiwilligen stehen. Entgegen dem Geist der Versöhnung dieses Ortes wurde hier eine große Stele aufgestellt, deren Inschrift auf die Kriegsverbrechen verweist, die »die Litauer«, »die Helfer der nazistischen Okkupanten« in Ponary (Paneriai) verübt hatten, wo Tausende

Polen, Juden und Angehörige anderer Nationen erschossen worden waren. Ponary liegt weit von Berzniki entfernt, und die dort lebenden Litauer, die niemals mit den Okkupanten kollaboriert hatten, haben nichts mit den Ereignissen in Ponary gemeinsam. Es gab keinen anderen Grund, einen solchen Gedenkstein auf einem Friedhof, wo die sterblichen Überreste der Soldaten eines ganz anderen Krieges ruhen, zu errichten, als die offensichtliche Absicht, alle Litauer als »ewige Feinde« der Polen darzustellen.

Es ist schwierig, sich des Eindrucks zu erwehren, dass eine direkte Verbindung zwischen der offiziell sanktionierten »patriotischen Propaganda« dieser Art, und Rowdyaktionen wie den Aufschriften auf Hauswänden »Polen den Polen!«, »Litauer raus!«, »Litauer ins Gas!«, die in Sejny nachts gesprüht wurden, besteht. Die Stadtverwaltung beeilt sich gewöhnlich nicht, sie von den Mauern zu entfernen. Dieser Vandalismus gegenüber der litauischen Symbolik zieht sich in Sejny durch die 1990er Jahre bis ins 21. Jahrhundert. Schon in der ersten Nacht nach der feierlichen Eröffnung des litauischen Generalkonsulats in Sejny haben Unbekannte die Tafel vom Konsulatsgebäude abmontiert. Ein Jahr später wurde die neue Tafel beschädigt; im Jahre 1996 wurde die litauische Fahne aus dem Konsulatsgebäude gestohlen. Die Täter wurden in keinem der Fälle gefasst.

Schlussfolgerungen

1. Die Litauer in Polen sind trotz ihrer geringen Zahl ein aktives, selbstständiges Subjekt innerhalb der Entwicklung der ostmitteleuropäischen Kultur. Den autochthonen Einwohnern der kleinen Region im Nordosten Polens, die während der letzten 88 Jahre von Litauen getrennt und unter verschiedenen totalitären Regimen Verfolgungen, Teildeportationen und Assimilationsversuchen unterworfen worden waren, gelang es jedoch, standzuhalten und sich als ein lebendiger, organischer Teil des litauischen Volks zu behaupten, der in Polen keine zerstreute Diaspora darstellt, sondern eine kompakte, gut organisierte Gruppe in der Region formiert, die die historische Heimat ihrer Vorfahren war. Diese Gruppe zeichnet sich durch ein hohes Maß an gesellschaftlicher Aktivität und durch Standfestigkeit in Bezug auf ihre ethnische Identität aus. Die lange Zeit

der Existenz in einem anderen, nicht litauischen Staat und ihre Sondersituation als nationale Minderheit in Polen haben viele Aspekte ihres Lebens geprägt, z.B. ihre Alltags- und Berufskultur, ihre Sprachsituation (alle sind bilingual) und ihre gesellschaftliche und wirtschaftliche Tätigkeit, die heute von der Marktwirtschaft und der Sozialpolitik des polnischen Staates bestimmt wird.

2. Die gegenwärtige Gesetzgebung der polnischen Republik entspricht den demokratischen Normen des internationalen Rechts und bildet eine gute Rechtsbasis für die konsequente Vorbeugung und Abwendung jeder möglichen Diskriminierung, die Gewährleistung der Menschenrechte und die umfassende Entwicklung der litauischen nationalen Minderheit im neuen Polen. Aufmerksamkeit und Unterstützung erhält die litauische Minderheit in Polen auch von der Litauischen Republik, die mit Polen durch den Vertrag über freundschaftliche Beziehungen und gutnachbarliche Zusammenarbeit (1994) verbunden ist. Auf dieser Basis haben die Litauer in Polen während der letzten zwei Jahrzehnte viele reale Erfolge im kulturellen Bereich, im Schulwesen und des Weiteren bei der Integration in die Europäische Union erzielt.

3. Nichtsdestoweniger lassen sich hinter der schönen Fassade, die mit den beiderseitigen Bemühungen Polens und Litauens aufgebaut wurde, manche ersten Probleme und Spannungen feststellen. Diese negativen Momente kann man in zwei Gruppen einteilen:

- a) Zur ersten Gruppe gehört das, was fehlt: Es gibt viele gute Initiativen, Absichten und Beschlüsse, aber viel davon steht nur auf dem Papier, weil es an Geld, Mitteln, Kräften, Erfahrungen, Menschen und realen Möglichkeiten, gute Ideen zu verwirklichen, mangelt.
- b) Viel beunruhigender sind aber die Denkweisen und Handlungen, die aus den nationalistischen Vorurteilen, aus den Stereotypen chauvinistischen Denkens – »Ein Litauer ist immer ein Feind« – erwachsen. Zum Teil handelt es sich dabei um offensichtliche Provokationen von politischen Hooligans.

4. Im Großen und Ganzen ist aber eine deutliche Tendenz zur Heilung und Verbesserung der gesellschaftlichen Atmosphäre, zur Verbesserung der Lage der litauischen Minderheit in Polen zu beobachten.

Über die Autorin

Swetlana Tschervonnaja, Prof. Dr. hab., o. Professorin der Nikolaus Kopernikus Universität in Thorn, Dr. h.c. der Staatlichen Universität Tiflis (Georgien), Dr. h.c. der Karatschai-Tscherkessischen Staatsuniversität (Russland), Mitglied der DGO (Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde), der DGV (Deutsche Gesellschaft für Volkskunde), zahlreiche Veröffentlichungen zum Baltikum und zur litauischen Geschichte und Kultur.

Tabellen und Grafiken zum Text
Statistiken und Umfragen zu den nationalen und ethnischen Minderheiten
Angehörige der nationalen und ethnischen Minderheiten in Polen

	in Tausend	Anteil an der Gesamtbevölkerung Polens (%)
Polnische Bevölkerung insgesamt	38230,1	100,0
Angehörige der Minderheiten insgesamt	268,85	0,7
Deutsche	152,9	0,4
Belarussen	48,7	0,13
Ukrainer	31,0	0,08
Roma	12,9	0,03
Russen	6,1	0,02
Ruthenen	5,9	0,02
Litauer	5,8	0,02
Slowaken	2,0	0,01
Juden	1,1	0,00
Armenier	1,1	0,00
Tschechen	0,8	0,00
Tataren	0,5	0,00
Karaimer	0,05	0,00

Anm.: Die Zahlen wurden im Rahmen der Volkszählung 2002 erhoben.

Quelle: Mniejszości narodowe i etniczne w Polsce. Informator 2003, Sejm Rzeczypospolitej Polskiej, Warszawa 2003.



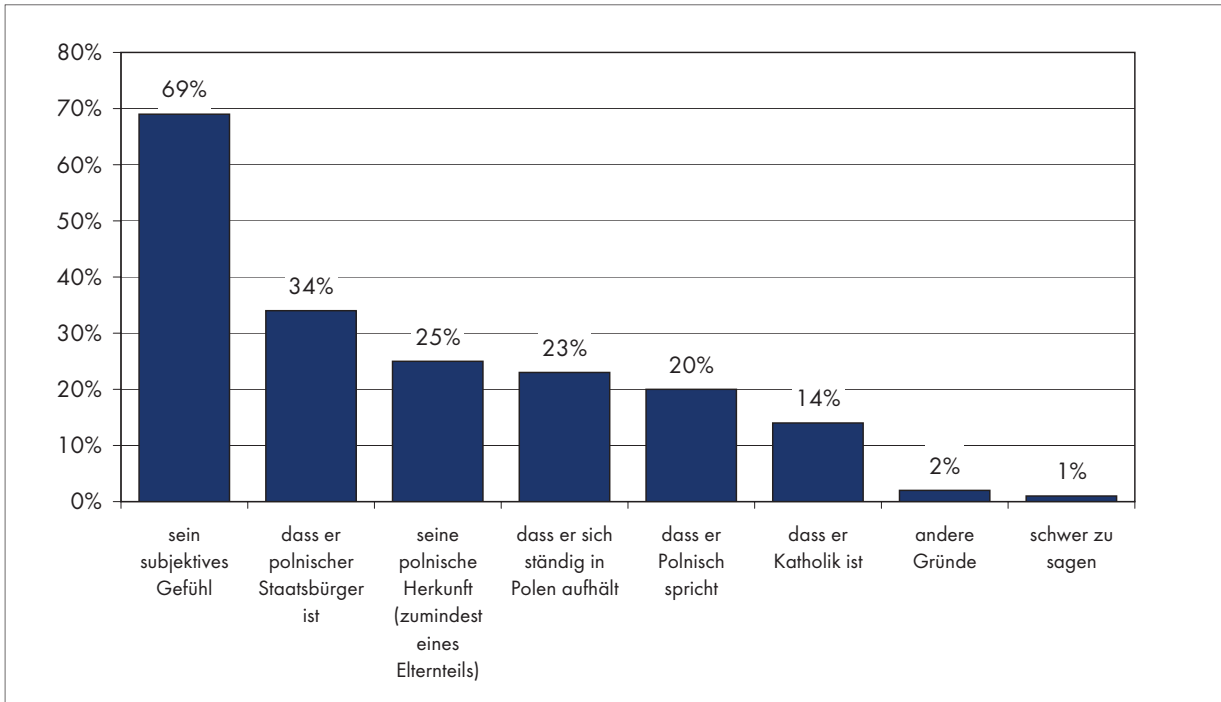
Der Unterricht von Minderheitensprachen bzw. regionalen Sprache in den Schulen

		Grundschulen		Gymnasium (weiterführende Schule, Stufe I)		Allgemeinbildendes Lyzeum (weiterführende Schule, Stufe II)		Lyzeum mit besonderem Profil		Technikum	
		Schulen	Schüler	Schulen	Schüler	Schulen	Schüler	Schulen	Schüler	Schulen	Schüler
insgesamt	2005/06	702	33.513	272	14.008	16	1.554	4	75	4	37
	2006/07	743	33.787	293	13.698	15	1.449	5	45	8	50
	2007/08	535	32.333	205	13.140	16	1.448	2	19	3	30
Belarussisch	2005/06	25	1.722	13	962	2	851	-	-	-	-
	2006/07	25	1.636	14	973	2	810	-	-	-	-
	2007/08	27	1.593	14	948	3	799	-	-	-	-
Kaschubisch	2005/06	82	3.715	20	639	2	124	-	-	1	34
	2006/07	99	3.839	26	722	2	113	-	-	1	35
	2007/08	99	4.934	37	912	2	137	-	-	1	20
Litauisch	2005/06	9	378	5	177	1	76	1	49	-	-
	2006/07	10	370	5	194	1	78	1	29	-	-
	2007/08	10	340	4	160	1	92	1	12	-	-
Ruthenisch	2005/06	20	164	13	109	1	11	-	-	-	-
	2006/07	23	231	12	108	1	7	-	-	-	-
	2007/08	22	147	12	96	2	16	-	-	-	-
Deutsch	2005/06	268	24.157	82	10.951	1	117	-	-	-	-
	2006/07	268	24.420	81	10.524	1	100	-	-	-	-
	2007/08	261	24.008	87	10.165	2	69	-	-	1	1
Romanes	2005/06	196	1.582	76	298	2	2	1	1	2	2
	2006/07	220	1.630	95	341	3	3	2	2	7	15
	2007/08	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
Slowakisch	2005/06	8	212	3	67	-	-	-	-	-	-
	2006/07	6	172	3	63	-	-	-	-	-	-
	2007/08	6	153	3	50	-	-	-	-	-	-
Ukrainisch	2005/06	91	1.498	60	805	7	373	2	25	1	1
	2006/07	90	1.393	57	773	5	338	2	14	-	-
	2007/08	79	969	44	563	6	335	1	7	1	9

Ann.: Die Daten beziehen sich auf eigene Schulen der nationalen und ethnischen Minderheiten und der Sprecher von Regionalsprachen sowie auf Schulen, in denen zusätzlicher Unterricht in diesen Sprachen angeboten wird.

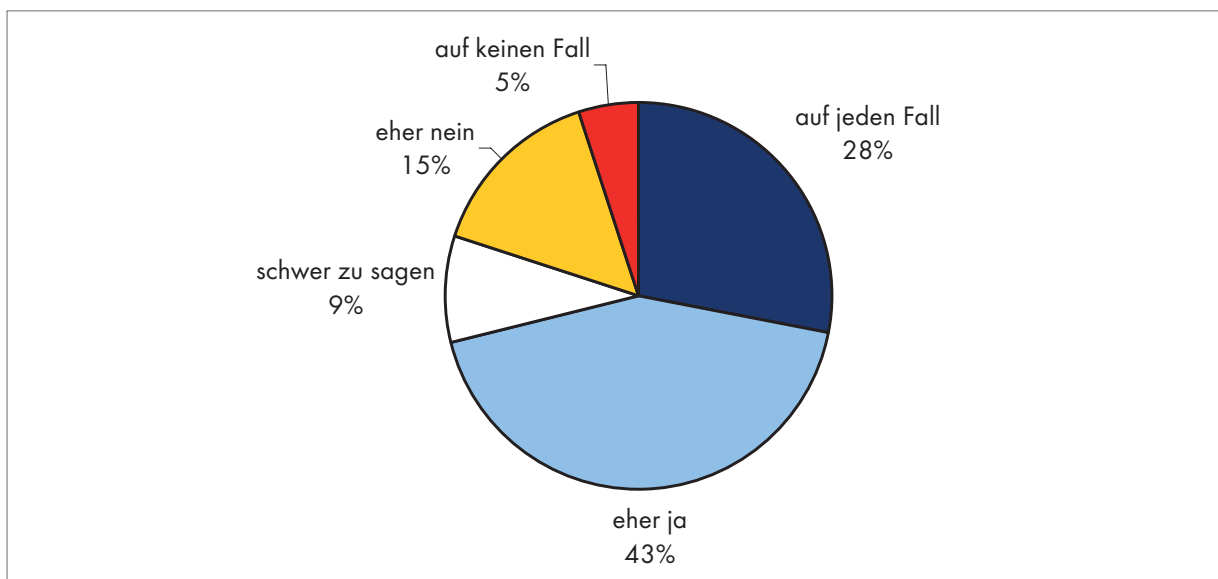
Quelle: Główny Urząd Statystyczny [Statistisches Hauptamt]: Rocznik Statystyczny Rzeczypospolitej Polskiej 2007 [Statistisches Jahrbuch der Republik Polen 2007], Warszawa 2007 und Główny Urząd Statystyczny [Statistisches Hauptamt]: Mały Rocznik Statystyczny Polski [Kleines Statistisches Jahrbuch Polens], Warszawa 2008, www.stat.gov.pl/gus

Was ist notwendig, um jemanden als Polen anzusehen?



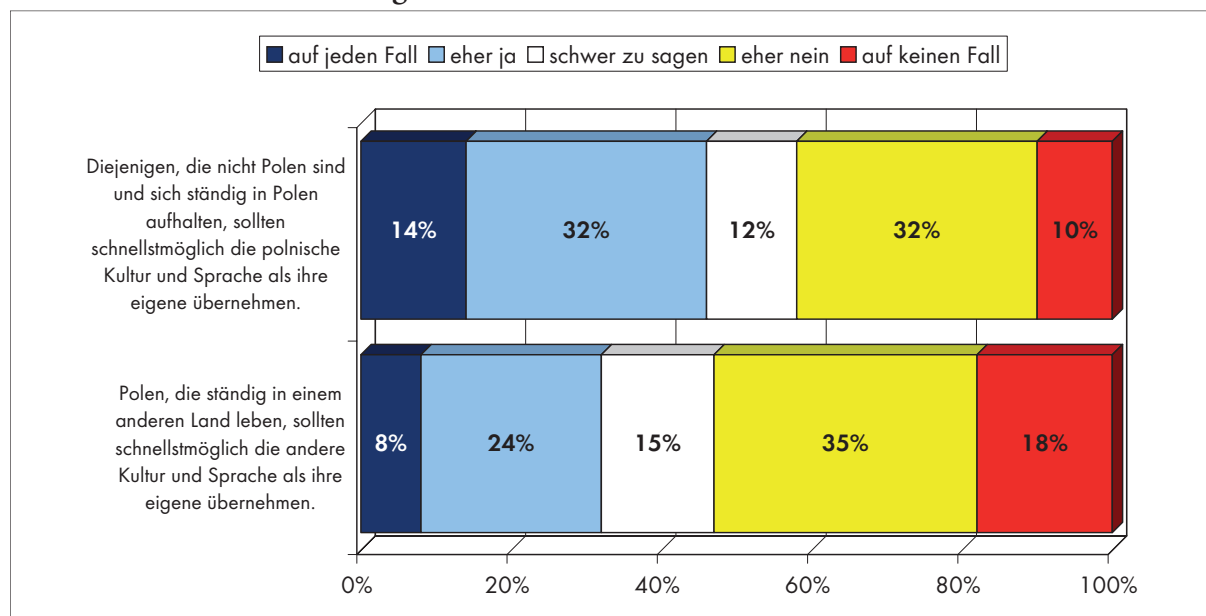
Quelle: CBOS, BS/84/2005: Tożsamość narodowa Polaków oraz postrzeganie mniejszości narodowych i etnicznych w Polsce [Die nationale Identität der Polen sowie die Wahrnehmung der nationalen und ethnischen Minderheiten in Polen.], Warszawa, 05/2005, www.cbos.pl

Ist es möglich, dass sich jemand gleichzeitig mit zwei Ländern verbunden fühlt, zwei Heimatländer hat?



Quelle: CBOS, BS/84/2005: Tożsamość narodowa Polaków oraz postrzeganie mniejszości narodowych i etnicznych w Polsce [Die nationale Identität der Polen sowie die Wahrnehmung der nationalen und ethnischen Minderheiten in Polen.], Warszawa, 05/2005, www.cbos.pl

Stimmen Sie mit diesen Aussagen überein?



Quelle: CBOS, BS/84/2005: *Tożsamość narodowa Polaków oraz postrzeganie mniejszości narodowych i etnicznych w Polsce [Die nationale Identität der Polen sowie die Wahrnehmung der nationalen und ethnischen Minderheiten in Polen.]*, Warszawa, 05/2005, www.cbos.pl

Nennen Sie in Polen lebende nationale oder ethnische Minderheiten (Mehrfachnennungen möglich)

Deutsche	54 %
Ukrainer	42 %
Roma	41 %
Juden	31 %
Russen	19 %
Belarussen	17 %
Litauer	11 %
Schlesier	7 %
Ruthenen	6 %
Rumänen	6 %
Kaschuben	6 %
Vietnamesen	5 %
Tschechen	5 %
Tataren	3 %
Slowaken	2 %
Griechen	2 %
Araber	2 %
Afrikaner	1 %
Türken	1 %
Chinesen	1 %
Polnische Bergbewohner*	1 %
Armenier	1 %
Bulgaren	1 %
Moslems	5 %
es gibt keine Minderheiten in Polen bzw. Verneinung der Idee einer Minderheit	1 %
schwer zu sagen	13 %

* polnisch »Górale«

Quelle: CBOS, BS/84/2005: *Tożsamość narodowa Polaków oraz postrzeganie mniejszości narodowych i etnicznych w Polsce [Die nationale Identität der Polen sowie die Wahrnehmung der nationalen und ethnischen Minderheiten in Polen.]*, Warszawa, 05/2005, www.cbos.pl

Chronik
Vom 01. Juli bis zum 01. September 2008

01.07.2008	Ministerpräsident Donald Tusk bekräftigt, dass die Ratifizierung des EU-Reformvertrags von Lissabon im polnischen Interesse liege. Er bezieht sich damit auf eine Äußerung von Staatspräsident Lech Kaczyński, der am Vortag in einem Interview mit der Tageszeitung Dziennik gesagt hatte, nach der Ablehnung des Vertrags durch Irland sei die Unterzeichnung nun gegenstandslos. Zuvor hatten beide Kammern des polnischen Parlaments den Vertrag ratifiziert.
02.07.2008	Staatspräsident Lech Kaczyński sagt in einem Fernsehinterview, Polen werde Europa nicht bremsen. Nach der irischen Ablehnung des EU-Reformvertrags von Lissabon sei dessen Ratifizierung gegenstandslos, das bedeute aber nicht, dass das Vertragswerk tot sei. Er warne davor, Druck auf Irland in der Form auszuüben, dass alle Länder den Vertrag ratifizieren und Irland nicht, vielmehr müssten Gespräche in der EU und mit Irland geführt werden.
02.07.2008	Der stellvertretende Außenminister Witold Waszczykowski teilt mit, dass die Verhandlungen über den geplanten amerikanischen Raketenabwehrschild in Polen vorerst abgeschlossen seien, nun sei eine politische Entscheidung fällig. Ministerpräsident Donald Tusk liege das amerikanische Angebot bereits vor. Als Gegenleistung für die Installation der Raketenabschussrampe hatte Polen u. a. Modernisierungshilfen für die polnische Armee gefordert.
03.07.2008	Verteidigungsminister Bogdan Klich sagt im Radio, die Verhandlungen über den geplanten amerikanischen Raketenabwehrschild seien noch nicht beendet. Polen werde die Vereinbarung erst unterschreiben, wenn sich eine positive Sicherheitsbilanz erkennen lasse. Nach Angaben der Tageszeitung Gazeta Wyborcza sind die amerikanischen Modernisierungsgarantien für die polnische Armee, die Polen zur Bedingung macht, enttäuschend.
04.07.2008	Auf einer Pressekonferenz betont Ministerpräsident Donald Tusk, dass die Verbesserung der Sicherheit Polens das ausschlaggebende Moment im Rahmen der Verhandlungen über das geplante amerikanische Raketenabwehrsystem sei. Die Vereinigten Staaten seien der wichtigste Bündnispartner und Freund Polens, das ihnen seine Hilfe in Afghanistan und im Irak nicht verweigern werde. Das Raketenabwehrsystem betreffe jedoch polnisches Territorium und habe daher eine andere Bedeutung. In dieser Hinsicht sei das amerikanische Angebot unbefriedigend, denn es gebe keine ständigen Sicherheitsgarantien.
06.07.2008	Aus Anlass des 65. Jahrestages des Massenmords an den Polen in Wolhynien durch die »Organisation der Ukrainischen Nationalisten« und die »Ukrainische Aufständischenarmee« wird erneut das würdige Gedenken der ca. 100.000 ermordeten Polen gefordert.
07.07.2008	Das Amt für Europäische Integration stellt seinen Bericht über die wirtschaftlichen Auswirkungen des EU-Beitritts in Polen vor. Demnach betrug die Arbeitslosigkeit im Jahr 2003 20 % und der Durchschnittslohn im Wirtschaftssektor 537 Euro. Bis zum Jahr 2007 fiel die Arbeitslosenquote auf 11,4 % und der Durchschnittslohn stieg auf 850 Euro.
08.07.2008	Das Europäische Parlament verabschiedet mit einer Mehrheit von 542 zu 60 Stimmen den Bericht des Abgeordneten von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS), Marcin Libicki, zur geplanten deutsch-russischen Ostsee-Gaspipeline. Demnach stellt der Bau erhebliche Gefahren für die Artenvielfalt und die Umwelt dar, weil auf dem Meeresboden noch giftige Substanzen aus dem Zweiten Weltkrieg liegen. Das Europäische Parlament räumt die energiewirtschaftliche Bedeutung des Projekts ein, appelliert aber an den Europäischen Rat, die Europäische Kommission und die EU-Mitgliedsländer, alle rechtlichen Mittel auszuschöpfen, um den Bau in der geplanten Form zu verhindern. Das Europäische Parlament hat keine Möglichkeit der formalen Einflussnahme, jedoch wird die Verabschiedung des Berichts als politisches Signal gewertet.
10.07.2008	Der Sejm stimmt gegen Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) für eine vom Sejm-Präsidium vorbereitete Resolution, die Staatspräsident Lech Kaczyński aufruft, den EU Reformvertrag von Lissabon baldmöglichst zu unterschreiben und die Ratifizierung in den anderen Mitgliedsländern aktiv zu unterstützen. Zuvor hatten bereits beide Kammern des Parlaments für die Ratifizierung des Vertrags gestimmt.
11.07.2008	Schatzminister Aleksander Grad informiert, dass die EU-Kommissarin für Wettbewerb, Neelie Kroos, in Aussicht gestellt habe, die Frist für das Privatisierungskonzept für die Danziger Werft bis Ende September zu verlängern. Die Frist für die Werften in Gdingen und Stettin ist am Vortag abgelaufen. Grad teilt mit, die Europäische Kommission spreche sich dagegen aus, dass die privaten Investoren, die sich bereits für den Kauf einer Werft entschieden haben, weiterhin mit finanzieller Unterstützung des Staates bei der Privatisierung rechnen können.

12.07.2008	Der Vorsitzende der Demokratischen Linksallianz (Sojusz Lewicy Demokratycznej – SLD), Grzegorz Napieralski, kündigt an, seine Partei werde im Sejm nicht für die Aufhebung des Vetos von Staatspräsident Lech Kaczyński gegen das neue Mediengesetz stimmen, das dieser Mitte Mai eingelegt hatte. Das Veto kann mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit im Sejm aufgehoben werden, wofür es neben den Stimmen der Regierungskoalition aus Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO) und Polnischer Bauernpartei (Polskie Stronnictwo Ludowe – PSL) noch der Stimmen der Linken bedarf. Die Gesetzesnovelle sieht Einschränkungen der Kompetenzen des Landesrundfunk- und Fernsehrates (Krajowa Rada Radiofonii i Telewizji – KRRiT) vor.
13.07.2008	Bronisław Geremek, Mitglied der demokratischen Opposition in der Volksrepublik Polen und einer ihrer Vertreter bei den Verhandlungen am Runden Tisch, polnischer Außenminister von 1997 bis 2000 und Abgeordneter des Europäischen Parlaments seit 2004, kommt bei einem Autounfall in Polen ums Leben.
14.07.2008	Die ukrainische Ministerpräsidentin Julia Timoschenko kommt zu ihrem ersten offiziellen Besuch nach dem polnischen Regierungswechsel im Herbst 2007 nach Warschau. Hauptthema der Gespräche mit Ministerpräsident Donald Tusk sind die Vorbereitungen der Fußball-Europameisterschaft 2012, die gemeinsam von Polen und der Ukraine ausgerichtet wird. Darüber hinaus wird der »kleine Grenzverkehr« und die Situation an den Grenzübergängen thematisiert.
15.07.2008	Aussagen von Finanzexperten zufolge ist die im Verhältnis zu anderen Währungen starke Position des Zloty auf das gute Entwicklungstempo der polnischen Wirtschaft zurückzuführen. Als 2004 der polnische Migrationsboom nach Großbritannien einsetzte, kostete das Britische Pfund über 7 Zloty. Sein heutiger Kurs beläuft sich auf 4,06 Zloty. Die Finanzexperten sind der Meinung, dass die starke Entwicklung des Zloty noch ein paar Jahre andauern könne. Es besteht aber die Befürchtung, dass die polnischen Produkte zu teuer seien, um sie auf den westlichen Absatzmärkten mit Gewinn zu verkaufen.
16.07.2008	Die EU-Wettbewerbskommissarin Neelie Kroes teilt der polnischen Regierung die Verlängerung des Verhandlungstermins mit den Investoren bezüglich der Restrukturierung der Werften in Gdingen und Stettin mit. Für die Verlängerung haben alle EU-Kommissare votiert. Falls diese Chance von der polnischen Regierung nicht genutzt werde, werde die EU-Kommission Polen zur Rückgabe der Subventionen in Höhe von 5 Mrd. Zloty auffordern, was zum Bankrott der Werften beitragen könne.
17.07.2008	In einem Interview für das deutsche Internetportal »Der Westen« sagt der ehemalige Staatspräsident Aleksander Kwaśniewski, die Ostsee-Gaspipeline sei allein eine Angelegenheit der Energiepolitik der Europäischen Union und verbessere die Energiesicherheit Europas. Das Interview wird von führenden polnischen Politikern kritisiert. Hintergrund ist, dass die derzeitige wie die vorherige Regierung gegen die geplante Gasleitung ist, da sie Polen umgeht. Kwaśniewski teilt mit, er sei missverstanden worden: Ihm gehe es darum, dass sich Polen dem Pipeline-Projekt, das von Deutschland und Russland initiiert worden war, anschließen soll.
21.07.2008	Auf dem Warschauer Powązki-Friedhof wird unter großer Anteilnahme der polnischen und internationalen Öffentlichkeit und Politik der ehemalige Außenminister und Abgeordnete des Europäischen Parlaments Bronisław Geremek beigesetzt. An der Trauerfeier nehmen alle Staatspräsidenten sowie fast alle Ministerpräsidenten Polens nach 1989 teil, u.a. Tadeusz Mazowiecki, Lech Wałęsa, Aleksander Kwaśniewski, Lech Kaczyński und Donald Tusk.
23.07.2008	In einem Interview mit der Tageszeitung Gazeta Wyborcza bezeichnet der stellvertretende Ministerpräsident und Wirtschaftsminister Waldemar Pawlak den Bau eines Atomkraftwerks in Polen als vernünftigen Weg in der Energiepolitik, jedoch müsse eine gesellschaftliche Debatte vorangehen. Im Herbst wird die Regierung ihre Strategie für die Energiepolitik vorstellen.
23.07.2008	Der Disziplinarausschuss des Sejm berät über die Aufhebung der Immunität des ehemaligen Justizministers in der Regierung von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS), Zbigniew Ziobro. PiS-Abgeordnete stören die Sitzung, weil sie ohne Ziobro stattfindet. Nach Angaben des Ausschussvorsitzenden sei dieser jedoch informiert worden. Der Ausschuss spricht dem Sejm die Empfehlung aus, die Immunität aufzuheben. Ziobro wird vorgeworfen, als Justizminister dem PiS-Vorsitzenden Jarosław Kaczyński Einsicht in das Untersuchungsmaterial über die »Treibstoff-Mafia« gewährt zu haben.
25.07.2008	Die Demokratische Linksallianz (Sojusz Lewicy Demokratycznej – SLD) enthält sich in der Abstimmung des Sejm über das Veto von Staatspräsident Lech Kaczyński, das er gegen die von der Regierung vorgelegte Novelle zum Mediengesetz eingelegt hatte. Dies hat zur Folge, dass das Gesetz nicht in Kraft tritt, das u.a. eine Entpolitisierung des Landesrundfunk- und fernsehrates (Krajowa Rada Radiofonii i Telewizji – KRRiT) vorsieht.

26.07.2008	Als Reaktion auf die Resolution des amerikanischen Kongresses, der die polnische Regierung zur Auszahlung von Wiedergutmachungen für das in Polen nach dem 2. Weltkrieg verbliebene jüdische Vermögen auffordert, teilt die Fraktion der Polnischen Bauernpartei (Polskie Stronnictwo Ludowe – PSL) mit, dass sie zur Zeit an einem Beschluss arbeite, mit dem sie die USA auffordern will, die Verluste, die Polen durch den Beschluss der Nachkriegsordnung von Jalta entstanden sind, zu begleichen. Diese Summe solle die polnische Regierung dann für die Erfüllung der amerikanischen Forderungen einsetzen.
27.07.2008	Der stellvertretende Sejm-Marschall Stefan Niesiołowski (Bürgerplattform, Platforma Obywatelska – PO) sagt, dass eine weitere Zusammenarbeit mit der Demokratischen Linksallianz (Sojusz Lewicy Demokratycznej – SLD) an dem neuen Mediengesetz ausgeschlossen sei. Hintergrund ist die Enthaltung der SLD bei der Abstimmung des Sejm über das Veto von Staatspräsident Lech Kaczyński gegen das von der PO vorgelegte Mediengesetz in dieser Woche.
30.07.2008	Der Direktor des Büros für Auswärtige Angelegenheiten der Präsidialkanzlei, Mariusz Handzlik, teilt mit, dass der für diese Woche in Polen geplante Energiegipfel der Staatspräsidenten von Polen und den baltischen Staaten aufgrund zweier Absagen nicht stattfinden werde. Das Treffen, das sich der Zusammenarbeit im Bereich Energiepolitik, insbesondere dem Bau eines Atomkraftwerks in Litauen und der polnisch-litauischen Energiebrücke widmen sollte, wird auf den Herbst verschoben.
01.08.2008	Im Rahmen der Verhandlungen über den Bau eines amerikanischen Raketenabwehrsystems in Polen fordert Ministerpräsident Donald Tusk die ständige Stationierung von Patriot-Raketen in Polen, Sicherheitsgarantien, die sich auch auf Angriffe aus dem Osten und nicht nur auf Raketenangriffe beziehen, den Schutz der Anlage nicht durch polnische, sondern durch amerikanische Soldaten sowie weitere Zusagen der USA für die Modernisierung der polnische Armee.
02.08.2008	Staatspräsident Lech Kaczyński empfängt den estnischen Staatspräsidenten Toomas Hendrik Ilves. Hauptthema ist die Zusammenarbeit zwischen Polen und Estland sowie den baltischen Staaten auf regionaler und auf EU-Ebene.
04.08.2008	Der ehemalige Staatssekretär im Innenministerium in der Regierung von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS), Marek Surmacz, wird Berater von Staatspräsident Lech Kaczyński in Fragen der Selbstverwaltung und Sicherheit. Die Nominierung von Surmacz, der während seiner Amtszeit im Innenministerium und während früherer Aktivitäten auf dem politischen Parkett in mehrere Skandale verwickelt war, wurde von den Medien und Politikern kritisch kommentiert.
06.08.2008	Dem aktuellen Wahlbarometer der Tageszeitung Gazeta Wyborcza zufolge würde Ministerpräsident Donald Tusk die Präsidentschaftswahlen 2010 in Polen gewinnen. Tusk führt mit 33 %, gefolgt von Lech Kaczyński (15 %), Włodzimierz Cimoszewicz (12 %), Kazimierz Marcinkiewicz (12 %) und Zbigniew Ziobro (11 %).
08.08.2008	Als Reaktion auf den am selben Tag begonnenen militärischen Konflikt zwischen Georgien und Russland verurteilt Polen in einer Mitteilung des Außenministeriums die Verletzung der territorialen Integrität Georgiens durch fremde Militäreinheiten. Polen appelliert an die Beteiligten, den Konflikt schnellstmöglich beizulegen und ruft internationale Organisationen zur Hilfe bei der Lösung des Konflikts auf. Dem Appell des Außenministeriums schließt sich auch die Kanzlei von Staatspräsident Lech Kaczyński an.
09.08.2008	Die Staatspräsidenten von Polen, Litauen, Lettland und Estland geben eine gemeinsame Erklärung zur Situation in Georgien heraus, in der die Handlungen der russischen Streitkräfte verurteilt werden. Die EU und die NATO müssten sich der Ausweitung der imperialen und revisionistischen Politik im Osten Europas entgegenstellen. Es sollten neue internationale Friedenstruppen eingesetzt werden, da die derzeit bestehenden ihre Erfolglosigkeit bewiesen hätten, heißt es in der Erklärung.
09.08.2008	Nach Ansicht von Staatspräsident Lech Kaczyński ist der russisch-georgische Militärkonflikt ein starkes Argument dafür, dass in Polen der geplante amerikanische Raketenabwehrschild errichtet werde. Er hoffe auf einen entsprechenden Abschluss der polnisch-amerikanischen Verhandlungen.
10.08.2008	Staatspräsident Lech Kaczyński stellt in Absprache mit Ministerpräsident Donald Tusk und den Staatspräsidenten von Litauen, Lettland und Estland einen 7-Punkte-Plan für den russisch-georgischen Militärkonflikt auf. Er beinhaltet u.a. die Forderung nach sofortiger Einstellung der Kriegshandlungen und nach der bedingungslosen Wiederaufnahme von Verhandlungen zwischen Georgien, Russland und den Separatisten. Außerdem soll die EU das Patronat über eine internationale Friedensmission übernehmen sowie internationale humanitäre Hilfe eingeleitet werden. Der Plan wird dem französischen Staatspräsidenten als derzeitigem EU-Ratsvorsitzenden übergeben, damit er bei Beratungen mit anderen europäischen Staatsoberhäuptern berücksichtigt wird.

11.08.2008	Ministerpräsident Donald Tusk beruft auf Antrag von Außenminister Radosław Sikorski den stellvertretenden Außenminister Witold Waszczykowski von seinem Posten ab. Waszczykowski war Verhandlungsführer bei den polnisch-amerikanischen Verhandlungen über den Bau eines amerikanischen Raketenabwehrschildes in Polen. Hintergrund der Abberufung ist ein Interview Waszczykowskis für die Zeitschrift Newsweek. Darin behauptet er, dass im Kreis von Tusk, Sikorski und dem Kabinettschef Sławomir Nowak die Meinung geäußert worden sei, dass die Zustimmung zum amerikanischen Raketenabwehrsystem von der öffentlichen Meinung als Erfolg von Staatspräsident Lech Kaczyński und nicht des Regierungschefs gewertet werden könne und deshalb nicht erfolgen solle.
12.08.2008	Auf Initiative von Staatspräsident Lech Kaczyński reisen die Staatspräsidenten von Polen, Litauen, Lettland und der Ukraine sowie der estnische Ministerpräsident nach Tiflis, um ihre Solidarität mit Georgien, das im militärischen Konflikt mit Russland steht, zu bekunden. Begleitet werden sie von Außenminister Radosław Sikorski. Kaczyński sagt, Georgien sei Opfer einer Aggression geworden, die in der Geschichte nicht neu sei. Russland habe abermals sein wahres Gesicht gezeigt.
12.08.2008	Ministerpräsident Donald Tusk bestätigt, dass er Staatspräsident Lech Kaczyński über die kritische Einstellung der Regierung gegenüber Kaczyńskis Reise nach Georgien informiert habe. Er habe hervorgehoben, dass es wichtig sei, die Aktivitäten in Bezug auf Georgien mit der EU abzustimmen.
13.08.2008	Der Fraktionsvorsitzende der Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO), Zbigniew Chlebowski, kritisiert die Rede von Staatspräsident Lech Kaczyński am Vortag in Tiflis, die dieser als Zeichen der Solidarität mit Georgien gehalten hat. Sie sei zu emotional und zu sehr auf Konfrontation mit Russland ausgerichtet gewesen.
13.08.2008	Der stellvertretende Verteidigungsminister Czesław Piątas kündigt für Dezember eine Entscheidung über die Umwandlung der polnischen Armee in eine Berufarmee an. Nach derzeitigen Kalkulationen soll sie 90.000 Berufssoldaten und 30.000 Reservisten umfassen.
14.08.2008	Der polnische und der amerikanische Verhandlungsführer paraphieren nach 15-monatigen Verhandlungen die Vereinbarung über den Bau des amerikanischen Raketenabwehrschildes in Polen. Im Gegenzug zur Errichtung der Raketenabschussrampen verlagern die USA zunächst eine Batterie Patriot-Raketen aus Deutschland nach Polen, die unter amerikanischer Kontrolle stehen wird, und Polen erhält finanzielle Unterstützung für die Modernisierung seiner Armee. Außerdem wird eine enge Zusammenarbeit für den Fall von Bedrohungen von dritter Seite vereinbart.
15.08.2008	Nach Einschätzung des russischen Präsidenten Dimitrij Medwedjew ist das amerikanische Raketenabwehrsystem, das in Polen (Raketenabschussrampen) und Tschechien (Radar) errichtet werden soll, gegen Russland gerichtet. Der ständige Vertreter Russlands in der NATO, Dimitrij Rogozin, sagt, der Zeitpunkt der Unterzeichnung zeige, dass der Raketenabwehrschild nicht gegen den Iran, sondern gegen Russland gerichtet sei.
16.08.2008	Der georgische Präsident Michail Saakaschwili betont in einem Telefonat mit Staatspräsident Lech Kaczyński, die Aufnahme Georgiens in den Membership Action Plan (MAP) der NATO würde sich wesentlich auf die Stabilisierung der Situation im Kaukasus auswirken.
16.08.2008	Im Interview mit der Tageszeitung Rzeczpospolita kritisiert Staatspräsident Lech Kaczyński die Außenpolitik der Regierung als zu nachgiebig und unbestimmt gegenüber Russland und Deutschland. Darüber hinaus habe die Koalition aus Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO) und Polnischer Bauernpartei (Polskie Stronnictwo Ludowe – PSL) keine Ideen und Visionen für die Außenpolitik. Im Gegensatz dazu habe die vorherige Regierungskoalition mit Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) als stärkster Partei ein klares Konzept der Außenpolitik gehabt, wenn dies auch nicht in allen politischen Lagern in Polen populär gewesen sei.
17.08.2008	Laut aktuellen Umfrageergebnissen der Tageszeitung Dziennik zum amerikanisch-polnischen Raketenabwehrsystem befürwortet erstmals die Mehrheit der Polen die Entscheidung der polnischen Regierung für die Unterzeichnung des Abkommens. 13 % der Befragten halten die Installation des Systems für eine sehr gute Entscheidung, weitere 45 % sind der Meinung, dass es eine gute Entscheidung war. 29 % lehnen dagegen die Entscheidung der Regierung Tusk ab.
17.08.2008	Nach starken Unwettern fordert der stellvertretende Ministerpräsident und Wirtschaftsminister Waldemar Pawlak die Einrichtung eines Fonds für Katastrophenhilfe. Außerdem dürfe nicht an Maßnahmen zur Verringerung oder Ausschaltung von Katastrophenrisiken gespart werden.
19.08.2008	Die polnische Regierung stimmt der Stationierung des amerikanischen Raketenabwehrschildes in Polen zu. Die Vereinbarung zwischen den USA und Polen muss noch vom polnischen Parlament verabschiedet und von Staatspräsident Lech Kaczyński unterschrieben werden.

20.08.2008	Der polnische Außenminister Radosław Sikorski und die amerikanische Außenministerin Condoleezza Rice unterzeichnen in Warschau den Vertrag über den Bau des amerikanischen Raketenabwehrschildes in Polen. Ministerpräsident Donald Tusk betont, Polen und die USA würden durch das Abwehrsystem sicherer. Staatspräsident Lech Kaczyński bezeichnet den Schild als strategisches Ziel, das nun erreicht worden sei. Rice versichert, das Abwehrsystem sei gegen niemanden gerichtet, sondern diene allein der Verteidigung der USA.
20.08.2008	Staatspräsident Lech Kaczyński nimmt den Rücktritt der Leiterin der Präsidialkanzlei und ehemaligen Außenministerin Anna Fotyga an.
22.08.2008	Zwei Tage nach dem Tod dreier polnischer Soldaten durch eine Minenexplosion fahren Ministerpräsident Donald Tusk und Verteidigungsminister Bogdan Klich nach Afghanistan. Neben Treffen mit den polnischen Soldaten finden Gespräche mit den Militärführern des westlichen Bündnisses statt. Im Herbst werden die in verschiedenen afghanischen Provinzen stationierten polnischen Soldaten in der Provinz Ghazni zusammengezogen, für die sie die militärische Verantwortung übernehmen werden. Zu diesem Zweck wird Polen weitere 400 Soldaten entsenden. Derzeit sind 1.200 polnische Soldaten in Afghanistan stationiert.
25.08.2008	Vertreter der Gewerkschaft der Polnischen Lehrerschaft (Związek Nauczycielstwa Polskiego – ZNP) teilen mit, dass die Verhandlungen mit der Regierung über Gehaltserhöhungen, das Stundendeputat und die Möglichkeit des Vorruhestands für Lehrer bisher ergebnislos verliefen. Beide Seiten bestünden auf ihren Forderungen. Die ZNP schließt daher einen Streik nicht aus.
26.08.2008	Polen spricht sich in einer Erklärung des polnischen Außenministeriums für die territoriale Integrität Georgiens aus und die Umsetzung des Sechs-Punkte-Plans, der zwischen dem derzeitigen EU-Ratsvorsitzenden, dem französischen Präsidenten Nicolas Sarkozy, und dem russischen Staatspräsidenten Dimitri Medwedjew vereinbart worden war. Der Plan sieht u.a. eine internationale Diskussion über den Status von Südossetien und Abchasien und Sicherheitsgarantien für die Region vor. Außerdem wird die Erwartung geäußert, dass der Europarat bei seiner außerordentlichen Sitzung zur Lage in Georgien in der kommenden Woche einstimmig die Souveränität und territoriale Integrität Georgiens unterstützt.
27.08.2008	Der Vorsitzende der Demokratischen Linksallianz (Sojusz Lewicy Demokratycznej – SLD), Grzegorz Napieralski, fordert eine Neudefinition der polnischen Ostpolitik. Weder Staatspräsident Lech Kaczyński noch Ministerpräsident Donald Tusk hätten derzeit eine Konzeption.
28.08.2008	Der ehemalige Vize-Außenminister und Verhandlungsführer bei dem amerikanisch-polnischen Abkommen über ein amerikanisches Raketenabwehrsystem in Polen, Witold Waszczykowski, wird für das Amt des stellvertretenden Leiters des Büros für Nationale Sicherheit (Biuro Bezpieczeństwa Narodowego – BBN) nominiert. Waszczykowski war kurz vor Abschluss der polnisch-amerikanischen Verhandlungen aufgrund von Indiskretionen in einem Interview entlassen worden.
29.08.2008	In einem Interview mit der Tageszeitung Gazeta Wyborcza unterstreicht Außenminister Radosław Sikorski im Hinblick auf den EU-Sondergipfel zur Situation im Kaukasus nächste Woche, es gehe nicht darum, sich darauf zu konzentrieren, wie Russland geschadet werden könne. Vielmehr müsse überlegt werden, wie die Partnerschaft zwischen der Europäischen Union und Ländern wie Georgien, der Ukraine und Moldawien gestärkt werden könne. Das gelte auch für das euroatlantische Bündnis. Darüber hinaus müsse auch die Energiepolitik der EU diskutiert werden.
31.08.2008	Ministerpräsident Donald Tusk und Bundeskanzlerin Angela Merkel einigen sich auf eine gemeinsame Haltung für den EU-Sondergipfel zur Situation im Kaukasus nächste Woche. Die im Juni vorgestellte polnisch-schwedische Initiative der »Östlichen Partnerschaft« solle nun in Gang gesetzt werden. Polnische Diplomaten werten dies als Durchbruch, da Deutschland zum ersten Mal signalisiert habe, dass Polen die bessere Kenntnis der Länder östlich der Europäischen Union habe. Bisher sei v.a. von den antirussischen Phobien Polens gesprochen worden.
01.09.2008	In einem Interview mit der Zeitschrift Newsweek spricht sich Ministerpräsident Donald Tusk dagegen aus, dass Polen auf dem EU-Sondergipfel zur Situation im Kaukasus diese Woche die ablehnendste Haltung unter den EU-Ländern gegenüber Russland einnehme und sich durch diesen Radikalismus ins Abseits stelle. Die Einberufung des EU-Russland-Gipfels solle davon abhängig gemacht werden, ob Russland seine Truppen aus Georgien abziehe.

Mitarbeit: Wojciech Rośkiewicz

Über die Polen-Analysen

Die Polen-Analysen erscheinen zweimal monatlich als E-Mail-Dienst. Sie werden gemeinsam vom Deutschen Polen-Institut Darmstadt, der Bremer Forschungsstelle Osteuropa und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben. Die Herausgeber danken der BSH Bosch und Siemens Hausgeräte GmbH München und dem Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft für ihre Unterstützung.

Ein Archiv der Polen-Analysen finden Sie im Internet unter www.laender-analysen.de/polen
Kostenloses Abonnement unter <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Deutsches Polen-Institut Darmstadt

Das Deutsche Polen-Institut Darmstadt (DPI) ist ein Forschungs-, Informations-, und Veranstaltungszentrum für polnische Kultur, Geschichte, Politik, Gesellschaft und die deutsch-polnischen Beziehungen, die sich im Kontext der europäischen Integration entwickeln. Das seit März 1980 aktive und bis 1997 von Gründungsdirektor Karl Dedecius geleitete Institut ist eine Gemeinschaftsgründung der Stadt Darmstadt, der Länder Hessen und Rheinland-Pfalz sowie des Bundes. Seit 1987 ist die Trägerschaft auf die Kultusminister der Länder ausgedehnt. Einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung der Institutsziele leisten private Stiftungen. Das DPI hat satzungsgemäß die Aufgabe, durch seine Arbeit zur Vertiefung der gegenseitigen Kenntnisse des kulturellen, geistigen und gesellschaftlichen Lebens von Polen und Deutschen beizutragen.

Ziel der Vermittlertätigkeit des DPI ist es, »die zu interessieren, auf die es politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell im deutsch-polnischen Verhältnis ankommt« (Leitlinien 1997). Es geht um die Entscheider und Multiplikatoren in Politik, Kultur, Bildung, Verwaltung, Medien und Wirtschaft und, wesentlich stärker ausgeprägt als bisher, um das Hineinwirken in Wissenschaft, Forschung und Bildung.

Derzeit bemüht sich das DPI in Kooperation mit den verstreuten Orten wissenschaftlicher Polen-Kompetenz an deutschen Hochschulen und Forschungsinstituten verstärkt darum, ausgehend von einer Bestandsaufnahme deutscher Polen-Forschung Ort wissenschaftlicher Forschung und verbindendes, vernetzendes und kooperierendes Zentrum zu werden. Ausgangspunkt der Neuausrichtung ist die kaum mehr kontrollierbare Dynamik des Rückbaus der Ressourcen der wissenschaftlichen Polen-Kompetenz in den unterschiedlichen Disziplinen. Mit der über 50.000 Bände zählenden multidisziplinären Fachbibliothek für Polen mit einer einzigartigen Sammlung polnischer Literatur in der Originalsprache und in deutscher Übersetzung ist das DPI bereits ein geschätzter Ort der Recherche und des wissenschaftlichen Arbeitens. (www.deutsches-polen-institut.de)

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen

1982 gegründet, widmet sich die Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen unter der Leitung von Prof. Dr. Eichwede kulturellen und gesellschaftlichen Entwicklungen der Länder Ost- und Ostmitteleuropas in Zeitgeschichte und Gegenwart. Die Forschungsstelle besitzt in ihrem Archiv eine einzigartige Sammlung alternativer Kulturgüter und unabhängiger Texte aus den ehemaligen sozialistischen Ländern. Darunter befindet sich auch eine umfangreiche Sammlung des »Zweiten Umlaufs«, die das Schrifttum und Dokumente unabhängiger Initiativen und gesellschaftlicher Gruppen in Polen aus der Zeit von 1976 bis zum Umbruch umfasst. Neben ausführlicher individueller Forschung zu Dissens und Gesellschaft im Sozialismus, leitet die Forschungsstelle seit Januar 2007 ein gemeinsames Projekt mit einem Verbund von internationalen Forschungsinstituten zum Thema »Das andere Osteuropa – die 1960er bis 1980er Jahre, Dissens in Politik und Gesellschaft, Alternativen in der Kultur. Beiträge zu einer verglichenen Zeitgeschichte«, welches von der VolkswagenStiftung finanziert wird.

Im Bereich der post-sozialistischen Gesellschaften sind in den letzten Jahren umfangreiche Forschungsprojekte durchgeführt worden, deren Schwerpunkte auf politischen Entscheidungsprozessen, Wirtschaftskultur und der EU-Osterweiterung lagen. Eine der Hauptaufgaben der Forschungsstelle ist die Information der interessierten Öffentlichkeit. Dazu gehören unter anderem regelmäßige E-Mail-Informationsdienste mit fast 15.000 Abonnenten in Politik, Wirtschaft und den Medien.

Mit ihrer in Deutschland einzigartigen Sammlung von Publikationen zu Osteuropa ist die Forschungsstelle eine Anlaufstelle sowohl für Wissenschaftler als auch für die interessierte Öffentlichkeit. In der Bibliothek sind derzeit neben anderen breit angelegten Beständen allein aus Polen ca. 300 laufende Periodika zugänglich. Die Bestände werden in Datenbanken systematisch erfasst. (www.forschungsstelle.uni-bremen.de)

Die Meinungen, die in den Polen-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion: Prof. Dr. Dieter Bingen (Darmstadt), Dr. Stefan Garsztecki (Bremen), Silke Plate, M.A. (Bremen)

Technische Gestaltung: Matthias Neumann

Polen-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann

ISSN 1863-9712 © 2008 by Deutsches Polen-Institut Darmstadt und Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Kontakt: Dr. Andrzej Kaluza, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Deutsches Polen-Institut, Mathildenhöhweg 2,

D-64287 Darmstadt, Tel.: 06151/4985-13, Fax: 06151/4985-10, E-Mail: polen-analysen@dpi-da.de, Internet: www.laender-analysen.de/polen